

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Glöss Nachf.
Vertriebs-Gesellschaft
Für die Reichspresse: 20011.

Bezugs-Geblühr bei Högler'scher Buchhandlung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,-
Einzelnummer M. 10,-, Sonntagsausgabe M. 12,-.
Anzeigen-Preise. Die Spaltenbreite 32 mm breite Zeile M. 25,-, außerhalb S. 31,-, Familien-
anzeigen und Stellenangebote unter Beschränkung M. 15,-.
Verzugsplätze laut Text. Zusätze gegen Vorauszahlung.

Schreibmaschine und Schreibmaterialien
Marianstraße 33/40.
Druck u. Verlag von "epich & Reichardt in Dresden."
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Druck nur mit bestmöglicher Sorgfalt („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte - Lanz - Kochplatten.

**BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,**
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14026, 14034, 14038 12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20904
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Dauerbrandöfen
Reiche Auswahl
Transportable Herde — Promothous-Gaskocher
Florian Czockorts Nachfolger
Töpferstraße 9, 13, 15 Fernsprecher 25401

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden=U. Prager Straße 23

Die Berliner Reise der Reparationskommission.

Die Teilnehmer der Berliner Reise.
Paris, 25. Okt. Unter den Delegierten der Reparationskommission, die am Sonntag nach Berlin abreisen, befinden sich noch eine Anzahl von Herren, die sich nach einer Havard-Rede von Paris, Bradbury, Salvage, Haani und Delacroix mit sämtlichen Mitgliedern. Mit ihnen reist der Generalsekretär der Kommission und einige Beamte, im ganzen 15 Personen.
Berlin, 25. Okt. Von französischen Stellen nahebei der unterrichteten Seite wird zu der Reise der Reparationskommission nach Berlin noch mitgeteilt: Die Reparationskommission dürfte in Berlin nicht allein mit den Vertretern der deutschen Regierung verhandeln, sondern wird wahrscheinlich auch Gelegenheiten nehmen, die Meinung hervorragender deutscher Finanzier und Industrieller Sachverständiger über die Finanzlage Deutschlands und über die Möglichkeiten einer Währungsreform zu hören. Möglicherweise dürfte auch einige Sachverständige der Reparationskommission aus Paris nach Berlin kommen.

Die Vorverhandlungen:
Paris, 25. Okt. Ueber die Verhandlungen, die zu dem Entschluß der Reparationskommission führten, nach Berlin zu kommen, teilt der "Zeit Parisien" mit: Seit den Besprechungen am letzten Sonnabend war es offensichtlich, daß Sir John Bradbury einer Kontrolle der deutschen Finanzen nicht mehr vollkommen feindlich gegenüberstand. Allerdings stand Sir John Bradbury auf dem Standpunkt, daß weder der Verfall der Reparationsverträge noch die später getroffenen Abmachungen den Alliierten das Recht geben, Deutschland eine Finanzkontrolle aufzuzwingen und daß man, wenn man die deutsche Zustimmung hierzu erhalte, Deutschland ein Moratorium gewähren müßte.

Belgien macht der englische Delegierte den Vorschlag, das Kontrollsystem einer ersten sachlichen Prüfung zu unterziehen. Er sprach davon, dieses Projekt unter Umständen Finanzsachverständigen vorzulegen. Die Reise der Reparationskommission nach Berlin wurde ebenfalls auf den Vorschlag Bradburys hin beschlossen. Es sollen an Ort und Stelle die Maßnahmen geprüft werden, die eine Finanzkontrolle bedingen. Dem ersten Teil der Bradbury'schen Ausführungen, so schreibt der "Zeit Parisien" weiter, konnte von den übrigen Delegierten der Reparationskommission nicht zugestimmt werden. Die französische Regierung wehrt sich, durch Gewährung neuer Moratorien weiterhin eine Politik vom armen Tisch aus zu betreiben, die den Entschluß der Alliierten einen Ansehensverlust anstößt. Am liebsten will Frankreich die Frage der Gewährung eines Moratoriums nicht von der Gesamtheit der Reparationsprobleme trennen. Nach ihrer Ansicht muß bei der Verhandlung der Reparationsfrage auch gleichzeitig über die Regelung der interalliierten Schulden verhandelt werden. Die Regelung dieser Frage steht aber nach Meinung der französischen Regierung der Brüsseler Konferenz zu. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß die dem Garantiefomitee im Mai 1921 gegebene Zustimmung die Ausübung einer Finanzkontrolle in Deutschland erlaubt.

Eine schwedische Stimme gegen die französischen Kontrollmaßnahmen.
Stockholm, 25. Okt. "Socialdemokraten" schreibt: Die Vorschläge Bradburys enthalten zu unerhörte Eingriffe in die Souveränität Deutschlands, daß sie, ohne mit Sicherheit die Frage der Bezahlung praktisch zu fördern, die allgemeine

Voge Europas verschlimmern und auf die Tauer verhängnisvolle Wirkungen zeitigen müßten. Man sollte doch endlich einsehen, daß die bisherige Methode einer unablässig verschärften Behandlung Deutschlands nicht zum Ziele führt, sondern den Generalsturz nach dem Kriege veranlaßt. Auf dem Wege des Kompromisses würde man mehr erreichen und eine bessere Zukunftsaussicht schaffen. Es steht absolut fest, daß Deutschland einer Remission bedarf.

Pfänderpolitik statt Markstabilisierung.
Paris, 25. Okt. In Besprechung der bevorstehenden Reise der Reparationskommission nach Berlin besteht "Journal des Debats" darauf, daß jetzt der Weg der Pfänderpolitik betreten werden müsse. Wenn der neue lobenswerte Versuch der Reparationskommission ohne Erfolg bliebe, so wäre dadurch den Verbündeten Frankreichs während der Lapse geliefert, daß das einzige richtige die Pfänderpolitik sei. Die Stabilisierung der Mark, die man mit mehr Eifer als Glück angestrebt habe, dürfe nicht das Ziel Frankreichs sein. Vielmehr handele es sich vor allem darum, Frankreich etwas zu verschaffen, was einen von dem Entschluß der Mark unabhängigen Wert besitzt. Wenn die Deutschen auch aus prinzipiellen Gründen protestieren, so seien sie doch glückselig (!), die Post ihrer Verwertung auf die Säulen der Alliierten abwälzen zu können. (23. T. B.)

Deutschland muß mehr arbeiten und weniger essen!
Wie die "Liberté" die Reparationsfrage löst.
Paris, 25. Okt. In der "Liberté" beschäftigt sich Bainville mit der Reise der Reparationskommission nach Berlin. Die Reparationskommission, sagt Bainville, wird in Berlin andere Leute treffen, die an das Kräfteverhältnis der Mark gerufen worden sind. In Deutschland hofft man wohl, daß die Sachverständigen erklären werden, um die Mark zu stabilisieren, müssen zunächst die Reparationen gekürzt werden. Aber da die Reparationen praktisch genommen schon gekürzt sind (!) und trotzdem der Entschluß der Mark nicht auszuhalten worden ist, werden die besagten Sachverständigen doch nur nutzlose Dinge sagen können.

Der Entschluß und seine Finanzen retten will, der kann nur einen Rat befolgen, nämlich mehr arbeiten und weniger essen.
Es ist zweifelhaft, ob Deutschland diese Medizin einnimmt, und die Sozialdemokratie wird versuchen, es daran zu hindern. Vielmehr wird eine härtere und angestrengtere Regierung mit fester Faust erreichen, daß die Massen des deutschen Volkes sich dazu herbeilassen, noch mehr zu arbeiten und sich dabei noch mehr einzuschränken. Aber eine solche Regierung würde Deutschland bald zu gefährlich für uns machen, so daß wir uns eine solche Regierung nicht wünschen können. Wenn die Reparationskommission ernsthaft die deutschen Finanzen kontrollieren will, so wird es auch nötig sein, daß sie

die deutsche Politik kontrolliert.
Sie muß abstand Deutschland regieren, und zwar diktorisch an Stelle des Reichstages. Sie muß den Sozialismus zerbrechen und 60 Millionen Deutsche auf Nation legen. Aber niemand denkt an eine solche extreme Lösung. Solange die englische Regierung nicht siegreich aus der Wahl hervorgeht und solange das Kabinett Bonar Law nur als Interimskabinet angesehen werden kann, solange wird die Reparationskommission keine endgültige Entscheidung treffen.

Die maßlosen Kohlenforderungen der Entente.

Berlin, 25. Okt. Mitte Oktober ist bei der Reichsregierung eine Note der Reparationskommission eingetroffen, in der die vollständige Innehaltung des seitens der Entente im Londoner Diktat niedergelegten Kohlenlieferungsprogramms durch Deutschland gefordert wird. Die Reparationskommission hatte am 21. Juni entschieden, daß Deutschland vom August bis Oktober monatlich 1725 000 Tonnen Kohle zu liefern habe, und zwar 620 000 Tonnen A-Roh, 100 000 Tonnen B-Roh, 125 000 Tonnen oberirdische Kohle, und der Rest sollte in Steinkohlen geliefert werden. Ferner wurden Deutschland 20 % von dem Lieferplan, der über eine monatliche Fördermenge von 8,8 Millionen Tonnen hinausgehen werde, als Leistung anerkannt.
Diese Forderung widerspricht dem Friedensvertrag und den übrigen Kohlenlieferungsverträgen, die mit der Entente geschlossen sind, und ist daher von Deutschland niemals anerkannt worden.
Die Lieferung von 125 000 Tonnen oberirdischer Kohle konnte nicht ausgeführt werden, nachdem Deutschland das wichtigste Kohlengebiet in Oberschlesien verloren hatte. Versuche bei der polnischen Regierung, den Bezug von Kohlen aus dem abgetretenen Gebiet zu erlangen, sind gescheitert. Die deutsche Regierung ist nur unter äußerster Anstrengung und unter empfindlichen Schädigungen für die deutsche Industrie in der Lage gewesen, 1,6 Millionen Tonnen monatlich auszuführen. Wenn Deutschland das fixierte Programm einhalten wollte, so müßten mehr als 200 000 Tonnen über die bisherige Leistung hinaus geliefert werden, damit etwa das Lieferungsziel von 20 Prozent des Förderungsüberflusses erreicht würde.
Die deutsche Regierung ist nach gründlicher Prüfung durch Sachverständige zu der Überzeugung gelangt, daß die Forderung der Reparationskommission unerfüllbar und für das deutsche Wirtschaftsleben untragbar ist. Deutschland war schon bisher gezwungen, eine große Menge englischer Kohle einzuführen, um seine Wirtschaft vor dem Erliegen zu bewahren. Bei einer weiter fortgeschrittenen Entwertung der Mark wird aber die Einfuhr ausländischer Kohle überhaupt unmöglich werden. Der Betrieb der Werke müßte dann eingestellt werden. Deutschland hat in den letzten Monaten durchschnittlich im Monat 8 bis 9 Milliarden Mark für ausländische Kohle ausgeben müssen. Am kommenden Sonntag wird die Reichsregierung erneut mit den Industriellen zu einer Beratung über die Kohlenfrage zusammenzutreten. Daraufhin dürften Verhandlungen mit der Reparationskommission eingeleitet werden.

lich auszuführen. Wenn Deutschland das fixierte Programm einhalten wollte, so müßten mehr als 200 000 Tonnen über die bisherige Leistung hinaus geliefert werden, damit etwa das Lieferungsziel von 20 Prozent des Förderungsüberflusses erreicht würde.
Die deutsche Regierung ist nach gründlicher Prüfung durch Sachverständige zu der Überzeugung gelangt, daß die Forderung der Reparationskommission unerfüllbar und für das deutsche Wirtschaftsleben untragbar ist. Deutschland war schon bisher gezwungen, eine große Menge englischer Kohle einzuführen, um seine Wirtschaft vor dem Erliegen zu bewahren. Bei einer weiter fortgeschrittenen Entwertung der Mark wird aber die Einfuhr ausländischer Kohle überhaupt unmöglich werden. Der Betrieb der Werke müßte dann eingestellt werden. Deutschland hat in den letzten Monaten durchschnittlich im Monat 8 bis 9 Milliarden Mark für ausländische Kohle ausgeben müssen. Am kommenden Sonntag wird die Reichsregierung erneut mit den Industriellen zu einer Beratung über die Kohlenfrage zusammenzutreten. Daraufhin dürften Verhandlungen mit der Reparationskommission eingeleitet werden.

Dollar (Amtlich): 4474
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 4450

Der Weiklauf um Rußland.

Es ist ein auffälliger Eifer unter den Mächten zu beobachten, mit der Wahrung ihrer Interessen am Wiederaufbau Rußlands nicht zu spät zu kommen. Von allen Seiten mehren sich die sympathische Erklärungen für das eben noch so sehr gehobte Sowjetreich, und es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendeine Nachricht davon zu berichten weiß, daß die eine oder andere europäische Macht Verbindungen mit Moskau oder Petersburger Kreisen eingegangen ist. So wird von der Aufknüpfung neuer Handelsbeziehungen zwischen Schweden und Rußland berichtet, die anfänglich eines Besuchs des Direktors der russischen Reichsbank in Stockholm vor sich gegangen sei. Die Tschecho-Slowakei bemüht sich, in engere Fühlung mit Rußland zu kommen; tschechische Industrielle verhandeln gegenwärtig in Moskau, und erst vor einigen Tagen hat eine Prager Großfirma der Petersburger Handelskammer die Lieferung von Lokomotiven angeboten. Selbstredend fehlen die drei europäischen Hauptmächte, Deutschland, England und Frankreich, nicht in der Reihe derer, die Rußland mit Arbeitskraft und Produkten wieder aufbauen wollen. Die Kunde von der Unterzeichnung eines Dekrets des Rates der Volkskommissare durch Konstantin Otto Wolff antwortet auf noch in früher Erinnerung. Soeben hat auch England seinen Versuch wiederholt, die zerstreuten Häfen mit Rußland von neuem zu knüpfen. Leslie Quarrs, der Vorsitzende der Russo-Asiatischen Gesellschaft, der als Vater des Dekretes hinter dem bekannten und noch ihm benannten Wirtschaftsabkommen mit Krasin steht, das von der Sowjetregierung wegen Englands Haltung in der Meerengenfrage nicht ratifiziert wurde, richtete einen Appell an Rußland, doch im Geiste von Genua „aufrichtig und kollegial“ zu handeln und von allem trotigen Widerstand abzugeben. Und Remworth, das bekannte Unterhausmitglied, reiste nach Berlin, um angeblich in ganz privaten Angelegenheiten den dortigen russischen Gesandten zu besuchen. Natürlich dürfte es sich dabei um nichts anderes, als um den alten englischen Trick handeln, Politiker „Privatreisen“ zur Ausführung hochdiplomatischer Missionen unternehmen zu lassen. Man denke an Daldane und die gescheiterten deutsch-englischen Flottenverhandlungen von 1912. Auch Remworth wird in Berlin etwas Bestimmtes gewollt haben, und die unverzüglich nach seinem Besuch erfolgte Abreise des russischen Handelsvertreters Stomolow nach Moskau zeigt, in welcher Richtung sein Begehren lag.

Am auffälligsten sind die Bemühungen Frankreichs um Rußlands Gunst. Frankreich ist der Staat, der das revolutionäre Rußland am eifrigsten bekämpft hat. Französische Geld und französische Offiziere führten die Unternehmungen Kottschalks, Denisins und Branais. Französische Propaganda kündigte jahrelang den unmittelbaren bevorstehenden Zusammenbruch des Sowjetreiches an und verfeimte jede Gemeinschaft mit den Moskauern. Und noch in diesem Frühjahr waren es Frankreichs Vertreter, die in Genua und im Haag ein internationales Abkommen mit Rußland verhinderten. In dieser Rußlandsfeindschaft hat sich am Dual d'Orlan beinahe über Nacht eine Wandlung vollzogen. Frankreich ist Rußlands Freund geworden, aber nun nicht, wie man annehmen könnte, um der spanischen Milliarden Geldfranken willen, die das zaristische Rußland dem französischen Kleinbürger schuldet, nicht um allgemeine wirtschaftliche Gründe willen, die für die übrigen Staaten Europas bei ihrer Rußlandpolitik ausschlaggebend sind, sondern aus rein politischen Gründen heraus. Das Orientprogramm Frankreichs, das in diesem Jahre so beachtenswerte Vervollständigungen erfahren hat, verlangt die Annäherung an Rußland. Kemal fordert sie. Er ist in Verträge mit Moskau verknüpft und sing genug, den bolschewistischen Machtfaktor um Frankreichs willen nicht ohne weiteres fallen zu lassen. Also muß Frankreich seine feindselige Haltung den Russen gegenüber aufgeben. Die Reise Perriots bedeutete den ersten Schritt in dieser Richtung. Und was der gemächliche französische Sozialist am Hofe der Moskauer Radikalskizis durchzieht, war mehr als man in Paris erwarten konnte. Die Verhandlungstelegramme Polcaréts und Fischlerins, die nach Perriots Rückkehr geschickt wurden, sind Zeugnis dafür. Heute befinden sich die jungen russisch-französischen Beziehungen bereits auf dem Punkte, daß man in Paris einen Vertreter des russischen roten Kreuzes anläßt, der die Interessen der Sowjetrussen in Frankreich wahrzunehmen darf. Ein solcher Schritt geht erfahrungsgemäß der Annäherung eines regulären Verhältnisses immer voraus. Er war nach der Ermordung des Grafen Mirbach auch das erste Zeichen der Wiederaufnahme der zerstückelten deutsch-russischen Verbindung. Somit steht zu erwarten, daß bald wieder zwischen Moskau und Paris ein inniger Zusammenhang vorhanden sein wird und daß die erhoffte Welt die Trifolore friedlich neben dem Sowjetkern im roten Kreise